

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم

بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپائی

Aus: Ausgabe vom 16.09.2017, Seite 1 / Titel

Von Simon Zeise  
19.09.2017

## Armutzone ausweiten

*EU-Kommissionspräsident will den Euro in der gesamten Wirtschaftsunion einführen.*

*Sahra Wagenknecht kritisiert »Realitätsverlust«*



*Opfer von Kredithaien demonstrieren »gegen eine EU der Märkte« (Madrid, 14. März 2013)*

Foto: Susana Vera/Reuters

Es ist Wahlkampf. Die Regierenden lassen heiße Eisen ruhen. Andere sollen vorpreschen. So wurden die Vorschläge, die EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Mittwoch in Strasbourg zur Ausweitung der Euro-Zone auf alle 28 Mitgliedsstaaten der Wirtschaftsunion unterbreitet hatte, am Freitag dankbar aufgegriffen. »Ich finde, Juncker hat einen großen Anstoß gemacht, um Europa voranzubringen, es war eine große Rede«, sagte der deutsche Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). Wohlwollend schränkte er ein: »Über die Einzelheiten muss man immer diskutieren.«

Für Länder wie Rumänien oder Bulgarien wäre die Einführung des Euro eine Katastrophe. Sie müssten ihr letztes Hemd ausziehen. Die einzige Möglichkeit, ihre Währungen, den Leu und den Lew, abzuwerten, würde ihnen genommen. Um nicht niederkonkurriert zu werden, müssten sie im Land die Löhne weiter drücken. Die Kapitalisten in den wirtschaftlich stärksten Staaten Deutschland und Frankreich würden profitieren.

Weil sich das politische Establishment in Paris nicht im Wahlkampf befindet, scheut es auch nicht die freie Wortwahl. Finanzminister Bruno Le Maire jubelte: »Wir haben eine einzigartige Gelegenheit, mit der Integration der Euro-Zone voranzuschreiten«, sagte er in Tallin und fabulierte, die wirtschaftliche Situation in Europa sei nach Jahren der Krise endlich besser. »Eine Erweiterung ist selbstverständlich möglich.« Wohin die Reise gehen soll, stellte er klar. Ziel sei es, dass Frankreich sich bei den Olympischen Sommerspielen im Jahr 2024 in Paris als wirtschaftlich erstarktes, grunderneuertes Land präsentieren könne. Die Zerschlagung des bisherigen Arbeitsrechts in Paris soll sich am deutschen dualen System orientieren. Zum Ende des Jahres stehe dann die Rentenreform an, so der Minister.

Den Plänen Junckers widersprach am Freitag die Vorsitzende der Linksfraktion Sahra Wagenknecht. »Der Realitätsverlust von Juncker ist atemberaubend«, sagte Wagenknecht gegenüber jW. Der harte Euro in Kombination mit dem deutschen Lohndumping zerstöre schon heute in vielen Ländern Industrie und Arbeitsplätze. In Deutschland verstärke er den Mietpreisanstieg in den Städten durch den Immobilienboom. »Die Währungsunion hat Europa nicht geeint, sondern Ungleichgewichte verstärkt. Die bisherigen Erfahrungen, Länder unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungsniveaus in einer Währungsunion zusammenzubinden, sind denkbar schlecht.« Einziger Profiteur seien die deutschen Exportkonzerne, so Wagenknecht.

Christian Lindner (FDP), der seine Partei als Juniorpartner in Stellung bringen will, ätzte am Freitag via *Bild*. Er sei in Sorge, dass Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) bereits handelseinig seien, »mit einem Haushalt für die Euro-Zone eine Art Finanzausgleich in Europa einzurichten«. Eine »Geldpipeline« aus Deutschland in andere EU-Staaten sei mit den Liberalen nicht zu machen. Das Springer-Blatt kommentierte: »Kein Wunder, dass Merkel bei Schwarz-Gelb mit aller Kraft an Schäuble festhalten würde.« Bereits am Dienstag hatte der Deutschland-Chef des weltgrößten Vermögensverwalters Blackrock in der *Süddeutschen Zeitung* vor einer Regierungsbeteiligung der FDP gewarnt. Weil die FDP Griechenland aus dem Euro ausschließen wolle, auf die strikte Einhaltung des Fiskalpakts dränge und scharfer Gegner einer Transferunion sei, drohe ein Comeback der Euro-Krise.